

Wahlprogramme im Überblick: Energiewende/Strompreise

Für alle, die nicht tausend Seiten lesen wollen: Auf den folgenden Seiten haben wir die wesentlichen Aussagen zum Thema als Zitate' gesammelt und mit kurzen, rot gedruckten, Sätzen, eingeordnet.

Autor: Michael Houben

1. FDP

Das Wahlprogramm hat 94 Seiten mit einem Vorwort und 7 Kapiteln: Davon befassen sich vier Seiten mit Energiepolitik und dabei überwiegend mit Stromerzeugung und Energiewende, **Grundaussage:** „Die beschlossene Energiewende ist ... eine Chance ... aber auch ein Kraftakt. Sie wird nur gelingen, wenn die noch ausstehenden Entscheidungen ... nunmehr unverzüglich erfolgen. Dabei ist ein marktwirtschaftlicher Ansatz zu wählen.“ „ „Energie muss für alle Bürger, mittelständische Betriebe, Handwerk und Industrie bezahlbar bleiben. Wir werden nicht zulassen, dass Energiepreise zur sozialen Frage werden.“ Weil wir Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit wollen, haben wir den notwendigen finanziellen Rahmen für die beschleunigte Energiewende geschaffen und den Netzausbau gesetzlich neu geregelt. Dabei stellen wir den beschleunigten Ausbau der Energienetze bei gleichzeitiger Beteiligung der Bürger sicher. Wir haben neue Programme zur energetischen Gebäudesanierung, zur Erforschung und Entwicklung Erneuerbarer Energien sowie neuer Speichertechnologien aufgelegt. Zusätzlich haben wir beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits mehr Wettbewerb durchgesetzt – und arbeiten weiter daran, die von Rot-Grün verordnete teure Überförderung zu beseitigen. Wir wollen mehr Markt und raus aus der Planwirtschaft. Die Festlegung von Strompreisen durch die Politik darf kein Dauerzustand sein. (S17) **Der letzte Satz ist definitiv unsinnig. Die Strompreise werden in keiner Weise politisch festgelegt, sie werden nicht einmal kontrolliert oder reguliert.**

Strompreise

„Wir unterstützen die Einführung einer **Strompreisbremse**, damit zum 1. Januar 2014 die Strompreise nicht erneut ansteigen. Neue Anlagen erneuerbarer Energien und begünstigte Unternehmen müssen einen angemessenen und kurzfristig realisierbaren Beitrag zur Stabilisierung der EEG-Umlage leisten. Wir haben dafür gesorgt, dass Eingriffe in rechtswirksame Förderzusagen nicht Bestandteil des Vorschlags sind.“ . (S17) **Keine Aussage, wie die Strompreisbremse aussehen soll. Einzige Festlegung. Die Vergütung für aktuell bereits bestehende Anlagen soll NICHT angetastet, Einspeisevergütung nur für neue Anlagen gesenkt werden. „Der Staat darf sich an steigenden Energiekosten nicht bereichern. Als sofort wirksame Maßnahme soll die Stromsteuer auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß gesenkt werden.“ (S18) Die Stromsteuer beträgt in Deutschland derzeit 2,05 Cent. Der Mindestsatz in der EU beträgt 0,1 Cent je kWh für private Kunden und 0,05 Cent je kWh für gewerbliche Nutzer. Dies entspricht einer Senkung der Stromsteuer um circa 2 Cent je kWh**

EEG

„ ...ist eine zügige und grundlegende Reform des EEG erforderlich. Dazu haben wir in der vergangenen Legislaturperiode ein Reformkonzept vorgelegt. Die Erneuerbaren Energien sollen schneller und konsequenter als bisher an den Markt herangeführt werden. ... Wir Liberale stehen dabei für Rechtssicherheit und Vertrauensschutz in getätigte Investitionen. Alle Reformvorschläge beziehen sich daher stets nur auf Neuanlagen.“ (S18) „Einspeisevergütungen und Marktzuschläge sind bei allen Technologien einer deutlich höheren Vergütungsabsenkung pro Jahr für Neuanlagen zu unterwerfen. Der künftige Ausbau der Erneuerbaren Energien soll gleichmäßiger und ohne Überhitzungen erfolgen. Der „atmende Deckel“ als automatischer Anpassungsmechanismus soll deshalb von der Photovoltaik auf alle Technologien ausgeweitet werden. Erreicht eine Technologie die Ausbauziele, so ist die Förderung aus dem EEG zu beenden. (S18)

EEG-Ausnahmen für Industrie

„**Ausnahmen von EEG-Umlage und Stromsteuer für energieintensiv produzierende Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind zur Sicherung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum ... unverzichtbar.** Es war auch richtig, den industriellen Mittelstand mit Großkonzernen in der Industrie gleichzustellen. Das wichtigste Ziel ist jedoch die Begrenzung der Kosten der Energiewende insgesamt. **Unternehmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, sollen nicht begünstigt werden**, da dies die Umlage für Privathaushalte und den Mittelstand unangemessen erhöht (S18)

Weiterer Ausbau der Erneuerbaren / Strommix

„Wir Liberalen sprechen uns dafür aus, den EU-Binnenmarkt auch für Erneuerbare Energien entschieden voranzubringen. Wir streben einen garantierten Mindestanteil Erneuerbarer Energien im gesamten Binnenmarkt an. Die Einführung eines europäischen Fördermodells – auch in Form eines Mengenmodells – ist durch eine Mehrheitsentscheidung der Mitgliedstaaten möglich. Sollte sich eine europäische Lösung absehbar nicht realisieren lassen, soll Deutschland seinerseits ein nationales Mengenmodell zügig umsetzen.“ (S18)

Paradox: ein Mengenmodell bedeutet letztlich Planwirtschaft. Der Staat gibt vor, wie viel erneuerbare Energie es maximal geben darf. Die FDP macht aber keine Angaben, welche Mengen sie anstrebt.„Wir unterstützen nachdrücklich die Entwicklung einer Partnerschaft ... mit Nordafrika. Der Solarplan der Union für das Mittelmeer beziehungsweise das **DESERTEC**-Projekt können langfristig einen Beitrag zur Diversifizierung des Energieangebots und zur Stabilität der Stromversorgung leisten. In einem ersten Schritt werden wir den begonnenen Bau solarthermischer Kraftwerke in Nordafrika im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiter unterstützen. In einem zweiten Schritt wollen wir Rechtssicherheit für den Marktzugang von Solar- und Windstrom aus Nordafrika in die EU schaffen „(S18)

Netzausbau

„Mit der Einführung eines bundesweit koordinierten Netzentwicklungsplans, der Grundlage für einen Offshore-Netzentwicklungsplan und zahlreicher gesetzlicher Vorkehrungen für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir wesentliche Vorkehrungen für einen beschleunigten Netzausbau getroffen. Nun kommt es darauf an, dass die Ausbauprojekte zügig von den Netzbetreibern realisiert werden. Dabei sind auch die Länder in der Pflicht, die vorhandenen Instrumente für eine zügige Umsetzung in vollem Umfang zu nutzen.“ (S18)

Offensichtlich sieht die FDP hier keinen weiteren Handlungsbedarf. „Die **Dezentralisierung** bietet die Chance, den Wettbewerb zu stärken und die Energiemärkte für den Mittelstand zu öffnen. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Versorgungsnetze zu intelligenten Netzen (**smart grids**) die aktiv auf unterschiedliche Energienachfrage reagieren und damit die Effizienz der im Netz eingesetzten Energie erhöhen.“ „Der Bundesnetzagentur soll sofort die Möglichkeit eingeräumt werden, bei instabilen Netzverhältnissen den Einspeisevorrang für neue Großanlagen per Beschluss regional und befristet außer Kraft setzen zu können. Das schafft einen Anreiz, Großanlagen der regionalen Nachfrage entsprechend zu bauen. Der **Einspeisevorrang ist ansonsten zu erhalten**, um kleinen Anbietern eine faire Chance zu geben und den Druck auf die Netzbetreiber zum Netzausbau zu erhalten.“

Ausgleich von Schwankungen bei erneuerbarer Energie

„Nicht nur Kilowattstunden, sondern auch die Bereitstellung von Leistung soll honoriert werden. Deshalb fordern wir klare und verlässliche Rahmenbedingungen für die **Investitionen in Reserve- und Ersatzkraftwerke**, wie das mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes bereits eingeleitet worden ist. Dafür ist die Einführung eines Anreizsystems auf Bundesebene und mittelfristig ein neues, marktwirtschaftlich ausgestaltetes Förder- und Marktdesign erforderlich. Nur so kann die gegenwärtige Zurückhaltung bei Investitionen beendet und Versorgungssicherheit in Spitzenlastzeiten dauerhaft gewährleistet werden.“ **Dies ist tatsächlich ein wichtiger Punkt, der auch von vielen Oppositionsparteien aufgegriffen wird.** Wir wollen die Chancen zur **Energiespeicherung** nutzen. Deshalb unterstützen wir gute Rahmenbedingungen für einsatzfähige und effiziente Speichermöglichkeiten, zum Beispiel für Power-to-Gas-Modelle, Pumpspeicher-Kraftwerke oder die kurzfristige Speicherung von Strom mittels Batterietechnik oder anderer einsatzfähiger effizienter Speichermöglichkeit

Verantwortung für Energiewende

Wir setzen uns dafür ein, dass künftig alle Verantwortung und Bundesaufgaben im Zusammenhang mit der Energieerzeugung und Energieversorgung in zentraler Koordinierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gebündelt werden. Energiepolitik ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Verantwortung dafür sollte deshalb beim zuständigen Ministerium liegen.

Fazit: Radikale Senkung der Stromsteuer, Verantwortung für Energiewende beim (bisher FDP-geführten) Wirtschaftsministerium. Das sind konkrete Vorschläge. Zusätzlich: Förderung für erneuerbare Energien nur noch bis zu einem (ungenannten) Anteil an erneuerbaren Energien, Ansonsten Fortsetzung der bisherigen Politik ohne wirklich konkrete Ausformulierung

2. Die Union (CDU/CSU)

Kernaussage zum Themenkomplex ‚Energiewende‘ : „Die Energiewende ist eine der großen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen und von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Verbraucher und Wirtschaft benötigen eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Mit einer Versorgung, die auf erneuerbare Energien und einen geringeren Energieverbrauch setzt, schützen wir zugleich unsere Umwelt und fördern den Klimaschutz. Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht. Jede vierte Kilowattstunde Strom wird heute aus erneuerbaren Energien gewonnen. Das macht uns unabhängiger von Öl und Gasimporten. Zugleich sichern wir ... Arbeitsplätze und Wertschöpfung im eigenen Land. Deshalb wollen wir die Energiewende entschlossen, zügig, und mit Augenmaß voranbringen“ (S44) „Der Umbau der Energieversorgung braucht stabile und verlässliche Bedingungen. Planungssicherheit ist die Grundlage für Investitionen in den Bau neuer Windparks auf hoher See oder für moderne Kraftwerke. Verbraucher und Unternehmen brauchen Klarheit über die Entwicklung der Energiepreise. Deshalb setzen wir auf marktwirtschaftliche Lösungen mit fairem Wettbewerb, Technologieoffenheit und neuen technologischen Entwicklungen“

Strompreise

Das Wort ‚Strompreis‘ kommt im Programm der Union nicht vor ! Das Wort ‚bezahlbar‘ taucht im Zusammenhang mit Strom: einmal in einer Überschrift und, einmal im Text auf Es gibt keinen Hinweis auf eine Maßnahme wie der in der letzten Legislaturperiode beispiellose Strompreisanstieg begrenzt werden könnte..

EEG

„Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den Ausbau regenerativer Energien beschleunigt und Deutschland hierbei eine Spitzenposition gesichert. Nach der rasanten Entwicklung ...ist es wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern zu verzahnen: Ein geschicktes Ineinandergreifen unterschiedlicher Elemente und Energieträger stabilisiert die Versorgung und entlastet die Verbraucher von Kosten. Dazu wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln. Unser Ziel sind verlässliche Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren, die Sicherheit für Investitionen und Planungen schaffen. Vor diesem Hintergrund werden wir keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Anlagen vornehmen. Nach der bisherigen Anschubfinanzierung muss es jetzt darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu erreichen, damit sie sich ohne staatliche Hilfen am Markt behaupten können. Zugleich sollen sie mehr Verantwortung für eine stabile Stromversorgung übernehmen.““ (S45) **Es gibt keinerlei Hinweis darauf, wie das EEG-Gesetz weiterentwickelt werden könnte um die Ziele zu erreichen oder den Preisanstieg zu bremsen.**

EEG-Ausnahmen für die Industrie

„Unser Ziel ist, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Fast eine Millionen Beschäftigte und deren Familien wären die Verlierer, wenn ihre Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht bestehen könnten. **Deshalb wollen wir diese Unternehmen auch künftig zielgenau entlasten**, um Nachteile durch unterschiedliche internationale Rahmenbedingungen bei Steuern und Abgaben auszugleichen“ (S45). **Die umstrittene Entlastung der Industrie soll offenbar unverändert weitergeführt werden.**

Weiterer Ausbau der Erneuerbaren / Strommix

Es gibt keine konkreten Aussagen zu angestrebten Ausbauzielen bei Erneuerbaren oder zur Zukunft von Kohle- und Gaskraftwerken.

Ausgleich von Schwankungen bei erneuerbarer Energie

„...ist der Ausbau von Speichern von besonderer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende und künftige Speicher wie beispielsweise Pumpspeicherwerke, aber auch Wasserstoff- („Power to Gas“) oder Druckluftspeicher ... wirtschaftlich betrieben werden können. Auch Elektrofahrzeuge können beispielsweise überschüssige Windenergie in verbrauchsarmen Zeiten aufnehmen. Sie sind daher auch wichtiger Bestandteil der Energiewende. Wir wollen die Entwicklung neuer Speichertechnologien durch Maßnahmen im Rahmen der Hightech-Strategie unterstützen.“ (S46) „Bis das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechnik ... unsere Energieversorgung sichern kann, benötigen wir **moderne Kohle- und Gaskraftwerke**, um Schwankungen bei den erneuerbaren Energien wirksam auszugleichen. Damit das umwelt- und klimaverträglich geschieht, wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen. Dafür wollen wir ... stabile und verlässliche Bedingungen schaffen, damit der Betrieb solcher Reservekapazitäten wirtschaftlich ist. Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die heimische Braunkohle eine wichtige Rolle spielen.“ **Kein Hinweis darauf, wie Investitionen in konventionelle Kraftwerke trotz massiv gesunkener Strompreise an der Strombörse ermöglicht werden sollen.** „Schwankungen in der Stromerzeugung können besser ausgeglichen werden, wenn Strom ungehindert über die Grenzen fließen kann und seine europaweite Speicherfähigkeit verbessert wird. Wir setzen uns daher für einen europäischen Energie-

Binnenmarkt ein. Im Norden Europas können beispielsweise große Wasserkraftwerke einen Beitrag zur Stromspeicherung leisten. In südlichen Ländern mit vielen Sonnenstunden ist der Ausbau der Photovoltaik eine erfolgversprechende Möglichkeit. Wir setzen auf eine **engere Abstimmung in der EU und einen weiteren Ausbau des europäischen Stromverbundes**. Für den europäischen Stromaustausch brauchen wir genügend und vor allem leistungsfähige Grenzkuppelstellen zwischen den einzelnen Ländern. (S48) **Dies klingt, als solle der Ausbau der erneuerbaren vorrangig im EU-Ausland erfolgen. Verbesserter internationaler Stromhandel würde zunächst dafür sorgen, dass in Zeiten hoher Wind- und Solareinspeisung deutsche Kohlekraftwerke weiterlaufen und ihren Strom exportieren könnten. Umgekehrt würde bei ‚Flaute‘ vermehrt ausländischer Strom importiert.**

Netzausbau

„Von besonderer Bedeutung ist der **Bau der großen Stromtrassen, die den Strom aus den windreichen Regionen an Nord- und Ostsee in die Ballungszentren im Süden und Westen unseres Landes transportieren**. Die regionalen Netze, die den Strom vor Ort zu den Verbrauchern bringen, wollen wir mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu intelligenten Netzen weiterentwickeln. Ziel dieser „denkenden Netze“ ist es, dass der Strom möglichst dann verbraucht wird, wenn viel Energie produziert und im Netz verfügbar ist. Für den Verbraucher wird der Strom dadurch billiger, weil er ihn dann verbraucht, wenn er kostengünstig angeboten wird. **(Bei bisherigen Pilotversuchen hat das nicht funktioniert, insbesondere weil es bis heute keine nach Tageszeit und Stromverbrauch variablen Tarife für Endkunden gibt)** Zugleich werden die Netze gleichmäßiger ausgelastet und sind damit stabiler und weniger ausfallgefährdet.“ (S46) „Beim notwendigen Bau neuer Stromtrassen wollen wir eine frühzeitige Einbindung der Bürger vor Ort sicherstellen. Bei Leitungsverlegungen in Wohnortnähe wollen wir – wo dies nach Abwägung von Kosten und Nutzen möglich und vertretbar ist – auch Erdkabel verlegen.“ **„Wir wollen erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich auch finanziell am Ausbau und Nutzen der Netze beteiligen können**. Das erhöht die Akzeptanz der notwendigen Investitionen und erleichtert die Finanzierung. Vor allem diejenigen, deren Grundstücke oder Region unmittelbar von einem Netzausbau berührt sind, sollen Anteile am Netz erwerben können und über eine „Bürgerdividende“ regelmäßig an den Gewinnen beteiligt werden. (S47) **Einzig annähernd konkreter Plan der Union: Beteiligung der Bürger an Netzinvestitionen und damit an den durch Netzbetrieb mögliche Gewinnen.**

Fazit: DAS PROGRAMM VON CDU/CSU enthält zum Thema Energiewende / erneuerbare Energien und Strompreise keine auch nur annähernd konkreten Hinweise auf Vorhaben oder Maßnahmen.

3. Die Linke

Das Wahlprogramm hat 86 Seiten mit einem Vorwort und 6 Kapiteln: 38.522 Wörter. Dabei wird der Strompreis bereits im Vorwort und später in vielen verschiedenen Zusammenhängen immer wieder thematisiert: "Viele Beschäftigte ... machen sich Sorgen, weil Mieten und Strompreise steigen..."(S8) „Die Grundversorgung mit Energie muss als Grundrecht gewährleistet, die Verschwendung von Energie eingedämmt werden. Die Versorgung darf nicht in den Händen von Konzernen liegen. Strom- und Gassperren wollen wir verbieten..."(S10). „Stattdessen brauchen wir.... eine öffentlich organisierte Stromversorgung mit sozialer Preisgestaltung,(S17) „In den vergangenen 20 Jahren wurde öffentliches Eigentum in großem Umfang verkauft: Wohnungen, Krankenhäuser, Stromerzeuger, Es wurde versprochen: Die Privatisierung macht alles besser. Nachweisbar ist das Gegenteil eingetreten.“ (S27) „DIE LINKE steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist. Die regional gestaltete Energiewende als alternativer Pfad zur Dominanz der großen Stromkonzerne hat mittlerweile einen »point of no return« erreicht. Energiegenossenschaften werden gebildet, es entstehen Bioenergiedörfer und Städte und Kommunen erwerben die Konzessionen für die Energienetze zurück.... Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an diesen Projekten ist starke Motivation..." (S57) Zwar wird die regenerative Energieerzeugung rasant ausgebaut, gleichzeitig werden aber zentralistische und undemokratische Konzernstrukturen festgeschrieben. Im Ergebnis werden die Lasten der Energiewende einseitig auf die Schultern privater Verbraucherinnen und Verbraucher sowie des Klein- und Mittelstandes abgeladen. Sie zahlen für die Profite der Konzerne.(S64)

Strompreise

Strompreise werden dem Profitstreben entzogen und dauerhaft als Grundversorgung garantiert und sozial gestaltet. (S64) Energieversorger werden dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält, das einen Teil des durchschnittlichen Verbrauchs abdeckt (eine Regelung, wie es sie z. B. in Belgien schon gibt). Der über einen durchschnittlichen Verbrauch hinausgehende Stromverbrauch würde teurer als heute. Damit werden einerseits Anreize für sparsame Stromverwendung geschaffen und gleichzeitig einkommensschwache Haushalte gestützt. (S65) Die Gestaltung der Strompreise muss effektiv überwacht werden. Der zuständigen staatlichen Behörde soll dafür ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind. Bis dies umgesetzt ist, fordern wir ein Strompreismoratorium für Privathaushalte. (S65)

EEG

Deutschland ist als Forschungsland Nummer 1 in diesem Bereich zu etablieren und die Förderung darauf auszurichten. Gerade lokale Energieverbände eignen sich dazu, selbstbestimmt, ökologisch nachhaltig und jenseits der Profitlogik ihren Energiebedarf in gemeinwirtschaftlichen Strukturen zu produzieren. Um dies voranzutreiben, wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen (vorrangige Einspeisung von Ökostrom, garantierte, kostenorientierte Vergütungssätze) erhalten. Gleichzeitig wollen wir im EEG Anreize schaffen, dass regenerative Erzeugungsanlagen stärker der Funktionsfähigkeit des gesamten Energiesystems dienen. (S64)

EEG-Befreiung der Industrie

„Unberechtigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Lasten der Privathaushalte wollen wir zügig abschaffen.“ (S65)

Weiterer Ausbau der Erneuerbaren / Strommix

„Dabei sollen die Strom- und Wärmeversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien (im ersten Schritt Stromversorgung bis 2020 50 Prozent, ...) erfolgen.“ (S64) „Wir werden uns weiterhin für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen. Jedoch überteuerte Großprojekte der Energiekonzerne wie z. B. die Off-Shore-Windparks in der Nordsee lehnen wir ab.“ (S64) Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft muss unumkehrbar sein und soll im Grundgesetz festgeschrieben werden. Atomkraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden. (S65) Wir wollen den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der Emissionshandel hat das nicht geleistet, seine Bilanz der vergangenen acht Jahre ist verheerend. Wir wollen stattdessen ein Kohleausstiegsgesetz durchsetzen, das ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken und für den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen vorsieht. Feste Restlaufzeiten sollen zudem für ein schrittweises Abschalten der bestehenden Kohlekraftwerke sorgen, das letzte Kohlekraftwerk soll bis spätestens 2040 vom Netz gehen. (S65) **Ohne Atom, Kohle UND ohne Offshore-Wind, Ehrgeizige Ziele! Wie das aber technisch funktionieren und bezahlbar bleiben soll bleibt offen.**

Netzausbau

Dringend erforderlich ist die Erstellung eines realistischen, an den Zielen Kosteneffizienz, Nachhaltigkeit, Flächeneffizienz und Landschaftsplanung orientierten Fahrplans für die Energiewende. Ein deutlich geringerer Netzausbau ist erforderlich, wenn eine dezentrale Energieversorgung, ein angemessener Ausbau der Speichersysteme und nicht länger die Profitinteressen der Kohlekraftwerksbetreiber berücksichtigt werden. Der Netzentwicklungsplan muss anhand dieser Kriterien überarbeitet werden (S64). Um die dezentrale Energiewende voranzubringen, wollen wir Förderprogramme für Kommunen ausbauen, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. (S65) **Das der aktuell geplante Netzausbau auch wesentlich Großkraftwerksbetreibern dient, ist sachlich richtig. Er könnte durch Ausbau der Windkraft auch im Süden, Ausbau der Speicherung, stärker dezentrale Struktur) modifiziert werden. Hier macht die LINKE einen wesentlichen Punkt**

Ausgleich von Schwankungen bei erneuerbarer Energie

„Der Übergang zu einem erneuerbaren Energiesystem erfordert die flexible Steuerung von Stromerzeugung und -verbrauch sowie die Zwischenspeicherung von Elektrizität. Dafür brauchen wir eine Speicher-Offensive im Bereich Forschung und Entwicklung.“ (S65)

Verstaatlichung der Stromversorgung

„Wir wollen strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen. Das schließt das Ziel der Entmachtung der großen Stromkonzerne ein. Sie müssen in öffentliches Eigentum überführt werden. Ihre Vergesellschaftung wird durch Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energiewirtschaft erreicht, mit demokratischer Selbstverwaltung und demokratischer Kontrolle.“ (S63) „Strom- und Wärmenetze gehören konsequent in öffentliche Hand oder in die Hand unter demokratischen Gesichtspunkten geführter Unternehmen. In diesem Zusammenhang werden Stadtwerke und genossenschaftliche Versorger gestärkt.“ (S64)

Effizienz / Stromsparen

Für das Energiesparen privater Haushalte, von Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung soll ein Energiesparfonds eingerichtet werden. Dieser soll mit jährlich 2,5 Mrd. Euro ausgestattet werden. Insbesondere sollen spezielle Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte aufgelegt werden.

Fazit: Mit Details gibt sich die LINKE nicht ab: In sieben Jahren soll bereits die Hälfte des Stromes aus erneuerbaren Energiequellen stammen. 2040 soll das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet sein (Atomkraftwerke sofort) Das ist sehr ehrgeizig und potentiell teuer. Die Stromversorgung soll letztlich verstaatlicht werden. Gleichzeitig soll der Grundbedarf an Strom den Haushalten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

4. SPD

Statistik: Das Wahlprogramm hat 128 Seiten in 6 Kapiteln. Dabei nimmt die Energiewende mit gut sechs Seiten einen relativ großen Raum ein. Grundsätzliche Aussagen dazu: „Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Die Energiewende verbindet Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Das gilt für alle Einsatzbereiche: Strom, Wärme und Mobilität. Oberstes Ziel ist die Vermeidung eines nicht notwendigen Energieverbrauchs auch, damit durch einen sinkenden Verbrauch Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt“... „Chancen und Perspektiven der Energiewende sind allerdings gefährdet. Die Grundpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – geraten ins Wanken. Dabei bilden diese das Fundament für das Wirtschafts- und Sozialmodell in unserem Land.“... „Weltweit wachsen Interesse und Nachfrage nach Zukunftenergien und Energieeffizienz. Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland. Mit dem Know-how ihrer Ingenieure und Fachkräfte können Unternehmen als Ausrüster profitieren. Ein solches Transformationsprojekt braucht angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ist mit ihrem „Management“ auf bestem Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren.“ (S35) „Planungs- und Investitionssicherheit, eine stabile Stromversorgung, ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen zum Kennzeichen des ökologischen Umbaus der deutschen Energiepolitik werden

Strompreise und EEG

„Die Weichen für eine neue **Strommarktordnung** stellen. Das im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat zu einem international beispiellosen Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt – heute beträgt ihr Anteil am Stromverbrauch bereits über 25 Prozent. Allerdings hat die Überförderung in einigen Bereichen auch zu einem drastischen Anstieg der EEG-Umlage und damit auch zu einem Anstieg der Strompreise geführt. Umgekehrt wurden die gesunkenen Strompreise auf der Beschaffungsseite, die auf die hohe Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zurückzuführen sind, von den Energieversorgern nicht oder kaum an die Stromverbraucher weitergegeben.“ (S37) **Dies ist definitiv ein wesentlicher Punkt. Die Absenkung der Börsenpreise hätte den Anstieg der EEG-Umlage bei den Endkundenpreisen zu einem wesentlichen Teil kompensieren müssen. Aber was will die SPD tun, um das künftig zu erzwingen?** „Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien sozial- und naturverträglich fördern und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren.“(S38) Der Anteil von Steuern und Abgaben am Gesamtstrompreis ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und sollte reduziert werden. Die **Stromsteuer muss spürbar gesenkt werden**. Wir wollen **eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung** einführen. Dies kann durch erhöhte Einnahmen aus der Mehrwertsteuer auf die EEGUmlage finanziert werden.(S41) **Befreiung von der Stromsteuer bringt pro kWh gut 2 Cent Ersparnis. Wie viel das einem Haushalt bringt ist natürlich davon abhängig, welcher Stromverbrauch (pro Person?/pro Haushalt) als steuerbefreiter Grundverbrauch angesetzt wird.**

EEG-Ausnahmen für die Industrie

Die Befreiung vieler Betriebe von der EEG-Umlage wird bei der SPD nicht explizit erwähnt !

Weiterer Ausbau der Erneuerbaren / Strommix

(Wir wollen), „den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40 bis 45 Prozent Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25 Prozent durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020, anstreben und bis 2030 75 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen;“... „Dazu ist der Ausbau der Offshore-Windenergie auch vor der Ostseeküste unverzichtbar. Nur in Windparks auf See können auf regenerativer Basis große Strommengen produziert werden.“ ... **Offshore-Windkraft gilt allerdings als relativ teuer** (Wir wollen) „...die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.“ (S36) „Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen.“(S35)

Ausgleich von Schwankungen bei erneuerbaren Energien

„Aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sinken die Betriebsstunden von konventionellen Kraftwerken und damit deren Wirtschaftlichkeit. Deshalb werden keine neuen Kraftwerke gebaut und bestehende Anlagen stillgelegt. Das birgt Risiken für die Versorgungssicherheit. Denn solange Erneuerbare Energien nicht in der Lage sind, Strom bedarfsgerecht zu liefern, müssen auch weiterhin hocheffiziente regelbare Kraftwerke zur Verfügung stehen.“(S38) „In einem künftigen Strommarkt müssen gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren. Wir wollen die regionalen Probleme kurzfristig pragmatisch lösen und erst einmal Erfahrungen sammeln, bevor umfassende Kapazitätsmärkte für die Finanzierung von Kraftwerken geschaffen werden (S38).“ **Für Laien kaum verständlich aber fachlich eindeutig wichtig: „Kapazitätsmarkt“ bedeutet, dass Reservekraftwerke künftig nicht nur für bei Bedarf erzeugten Kilowattstunden bezahlt werden, sondern für das**

„in Reserve stehen“. Dies kann dazu führen, dass Investitionen in solche Kraftwerke künftig (wieder) rentabel sind. „Der deutliche Ausbau der dezentralen, ... Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist einer der wesentlichen Beiträge zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir wollen Anreize für den Ausbau der KWK durch Unternehmen und Privatpersonen schaffen und sorgen für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme.“ (S40). Die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Heizwärme, vor allem aus Gas gilt unter Experten tatsächlich als sinnvolle Ergänzung zu erneuerbaren Energien und wurde bislang eher stiefmütterlich behandelt. Wir wollen Erneuerbare Energien untereinander (z.B. Wind mit Wasser und/oder Biomasse), Erneuerbare Energien und fossile Energieerzeugung sowie Erneuerbare Energien und Verbrauchsmangement so miteinander verknüpfen, dass Strom bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Erneuerbare Energien müssen und können auch Systemdienstleistungen, wie etwa Blindleistung und Speicherung, bereitstellen. Anreize für erhöhte Volllaststunden pro Anlage können in der Systembetrachtung zur Kostenentlastung beitragen. (S39) Auch das eher für ‚Experten‘ geschriebenes Detail aber faktisch durchaus zielführend. Zur Netzstabilität und Kostensenkung trägt auch eine Flexibilisierung der Energienachfrage („Demand-Side-Management“) bei. Neben der Vergütung abschaltbarer Lasten von Großverbrauchern ist dazu auch das Potenzial des Mittelstands wie der privaten Verbraucher zu nutzen.“...“ Komplementär zum Netzausbau müssen Speichertechnologien gefördert werden. Neue Speichertechnologien sollen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden, damit sie mittel- und langfristig zur Verfügung stehen. Auch europäische Speichermöglichkeiten, etwa Wasserspeicher in Skandinavien und den Alpen, sollten gefördert werden. (S39)

Netzausbau

Die regionalen Verteilernetze müssen zu „intelligenten“ Leitungssystemen ausgebaut werden, weil zunehmend mehr Verbraucher zu Erzeugern werden und ihren Strom unregelmäßig einspeisen. Die überregionalen Übertragungsnetze müssen mit bedarfsgerecht innovativer Technik, wie etwa Hochspannungsgleichstromübertragung, ertüchtigt bzw. ausgebaut werden, um die Erzeugungszentren im Norden mit den Lastzentren im Süden Deutschlands zu verbinden. (S39) (Auch das ein technisches Detail, das aber tatsächlich stärker den erneuerbaren Energien zugute käme als ein ‚klassischer‘ Netzausbau). „Wir streben die Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer Deutschen-Netz- Gesellschaft an. Die öffentliche Hand beteiligt sich an der Netz-AG (und ihren Erträgen) durch Investition in den Anschluss von Offshore-Parks und anderen wichtigen Großprojekten und nimmt somit eine Steuerungsfunktion wahr.“... „Wir brauchen zu unseren Nachbarländern mehr grenzüberschreitende Kuppelstellen, um ein leistungsfähiges europäisches Stromnetz zu schaffen. (S39) (Das sorgt allerdings eher dafür, dass bei großem Angebot von Wind- und Solarstrom die Kohlekraftwerke weiterlaufen und Strom ins Ausland transportieren können – umgekehrt kann bei extremer Flaute und Wolken aber auch Strom importiert werden.“ „Regionale „Bürger-Fonds“ sollen den Erwerb von Anteilen an Infrastrukturen ermöglichen. Schon bestehende Beteiligungen wie „Bürgerwindparks“ und Energiegenossenschaften sollten substanziell ausgebaut und auch auf leitungsgebundene Infrastrukturen – etwa im Bereich der Strom- und Breitbandnetze – Anwendung finden. Netze in Bürgerhand stärken die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen“ (S32)

Zuständigkeit für Energiepolitik

„Wir wollen die Kompetenzen, insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien, Netzausbau und Speicher, in einem **Energieministerium** bündeln. Darüber hinaus muss der Bund seine Rolle auf europäischer Ebene in engerer Abstimmung als bisher mit den europäischen Partnern wahrnehmen.“ „Im neu zu schaffenden Energieministerium ist ein „Deutscher Energie-Rat“ einzurichten, der die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft institutionalisiert und eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung sicherstellt.. (S37)

Fazit: Eine Vielzahl von (auch technischen) Detailvorschlägen, die ein hohes Maß an Sachkompetenz zeigen. Diese technischen Lösungsvorschläge kosten allerdings Geld. Wie künftig verhindert werden soll, dass die Kosten überwiegend von kleinen Kunden bezahlt werden, wie erreicht werden soll, dass Preissenkungen an der Strombörse auch kleinen Kunden zu gute kommen. bleibt relativ vage. Die Ausnahmeregelung für Industrieunternehmen werden z.B. gar nicht thematisiert. Eine (ebenfalls vage bleibende) Senkung der Stromsteuer insbesondere für einen Grundbedarf kann aber den Preisanstieg immerhin bremsen oder für wenige Jahre kompensieren.

5. Grüne

Das Monster unter den Wahlprogrammen: 337 Seiten, in 19 Kapiteln Kernaussagen zur Energiewende und Förderung erneuerbarer Energien : „Mit der Energiewende übernehmen wir eine weltweite Vorreiterrolle ... Gleichzeitig können ... innovative UnternehmerInnen hunderttausende neue Jobs schaffen und alte Abhängigkeiten vom Import teurer Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas werden beseitigt. ... Die neue, saubere Energie wird dabei von vielen kleinen Unternehmen in Bürgerhand erzeugt, nicht nur von einigen wenigen Großkonzernen, die heute den

Wandel bremsen, weil sie uns teuren Strom verkaufen wollen, ohne Konkurrenz fürchten zu müssen. Wir ziehen endlich die Konsequenz daraus, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind und eine Energieversorgung der Zukunft nicht auf Kohle und Öl aufbauen darf – und auf Atom schon gar nicht.“(S13) „Wir erreichen 100 % sichere Energie – ohne Atom, Kohle und andere fossile Energieträger. Dazu wollen wir das Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) reformieren, von teuren Industriesubventionen befreien und so die Strompreise sozialer gestalten. Wir müssen den Strommarkt so organisieren, dass er den Übergang zu den Erneuerbaren Energien unterstützt, damit er auch dann noch funktioniert, wenn Kohle und Atom endlich verschwunden sind“. (S21) Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende“. (S183) „(Aber) auch ohne Energiewende würden die Strompreise steigen, aufgrund des veralteten Kraftwerksparks und der alten Netze existiert ein großer Investitionsbedarf in das deutsche Stromsystem. Und nicht zuletzt werden die Kosten fossiler Brennstoffe weiter steigen.“(S39)

EEG und Strompreise

„Wir wollen ... das von uns im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz, ... intelligent fortentwickeln. Das EEG hat einen intensiven globalen Wettbewerb bei den Anlagenherstellern ausgelöst, die Erzeugungskosten für Solarstrom um 80 % gesenkt und den Stromertrag von Windkraftanlagen enorm erhöht. Wir wollen die Investitionssicherheit durch den Einspeise- und Anschlussvorrang sowie das Prinzip der Einspeisevergütung erhalten, das **EEG aber von kostentreibenden Sonderregelungen befreien** und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen. Darüber hinaus wollen wir die Stellschrauben im EEG neu justieren, um den Ökostrom-Ausbau kosteneffizient weiter voranzubringen und Anreize zur bedarfsgerechten Erzeugung, etwa bei der Biomasse, zu setzen. Da die EEG-Umlage viel höhere Kosten ausweist als die tatsächlichen Mehrkosten des EEG, wollen wir, dass sie zukünftig ehrlich ist, und werden sie sachgerecht umgestalten.“ (S30) „Die Energiewende wird zurzeit nur von den VerbraucherInnen und nicht privilegierten Unternehmen finanziert, ... Geschenke an die Industrie wollen wir abschaffen. Wir **begrenzen die Subventionen auf die Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nachweisen** können. Bei den Vorteilen ist es umgekehrt: Wind- und Sonnenstrom senken den Strompreis an der Börse, doch bei den normalen Stromverbraucherinnen und -verbrauchern kommt diese Entlastung nicht an. Das wollen wir ändern. Wir wollen **...Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden bringen.**“ (Wie das geschen soll bleibt offen) „Das entlastet die Verbraucherinnen und Verbraucher um mehr als 4 Mrd. Euro. Das entspricht bei dem durchschnittlichen Stromverbrauch einer vierköpfigen Familie einer Entlastung von 35 Euro pro Jahr. Die **Befreiung großer Stromverbraucher von den Kosten der Stromnetze** haben Gerichte und EU-Kommission verworfen. Die Bundesregierung will diese ungerechtfertigte Vergünstigung trotzdem weiterführen. Wir wollen sie **abbauen**, denn gerade große Unternehmen sind auf ein funktionierendes Stromnetz angewiesen und können dieses nicht von Privathaushalten finanzieren lassen“(S38) **Die Grünen sind die einzigen, die neben der Industriebefreiung von EEG-Umlagen auch die Befreiung von den Netzkosten thematisieren. Sie sind (neben der CDU) aber auch die einzigen, die zur Senkung der Preissteigerungen die Stromsteuer nicht senken wollen. Insofern bleiben die Vorschläge zur Strompreisbremse etwas vage und vergleichsweise gering**

„Wir wollen ein energetisches Existenzminimum gewährleisten. Gas- und Stromsperrern für Privathaushalte müssen gesetzlich eingeschränkt und die Versorger verpflichtet werden, eine Ratenzahlungsvereinbarung oder den Einsatz von Vorkassen zählern anzubieten, statt Strom oder Gas zu sperren“. (S39)

Energieeffizienz

„In den letzten Jahren ist die Effizienzpolitik nahezu zum Erliegen gekommen. Viele richtige europäische Initiativen sind an Schwarz- Gelb gescheitert. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Energieeffizienz und dem Energiesparen wird. Wir GRÜNE werden das Thema Energieeinsparungen deshalb deutlich mehr in den Fokus rücken. Dazu ist es notwendig, konstruktiv europäische Initiativen wie den Top-Runner-Ansatz voranzubringen. Vor allem auch in der Wirtschaft sind noch enorme Effizienzpotentiale vorhanden. Anstatt immer neue Subventionen im Energiebereich zu erfinden, müssen endlich strengere Standards greifen. Alleine die in den USA gültigen Normen bei Elektromotoren in der Wirtschaft könnten zu Stromkosteneinsparungen bis zu 50 % führen.“ (S39) „Deshalb führen wir den Top-Runner-Ansatz ein, Das funktioniert, indem beispielsweise die Waschmaschine mit dem geringsten Stromverbrauch nach einer bestimmten Frist den Standard vorgibt, den alle anderen auch erfüllen müssen.“(S50). **Relativ konkrete Hinweise zur Steigerung der Effizienz. Vor allem bei Industrieanlagen besteht hier nachweislich noch ein hohes Potential.**

Weiterer Ausbau der Erneuerbaren / Strommix

„Derzeit liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bei knapp 25 %. Bereits 2030 wollen wir unseren Strom zu 100 % erneuerbar produzieren. ... Dazu wollen wir bis zum Jahr 2022, wenn spätestens die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, mindestens die Hälfte der Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien decken.“ (S29) „Den Kohleausstieg bis 2030 umsetzen! Die größten Klimakiller unter den Energieträgern sind Braun- und Steinkohle. Wenn wir die globale Erwärmung aufhalten wollen und die Energiewende dezentral organisiert werden soll, dann muss die Kohle da bleiben, wo sie ist: unter der Erde. Das heißt: keine neuen Kohlekraftwerke und keine

Ausweitung von Tagebauen.“(S44). Wir wollen das Bergrecht novellieren, um endlich umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herzustellen, Anwohner und Umwelt besser zu schützen und neuen Braunkohletagebau zu verhindern.... Gas hat von den fossilen Energieträgern die geringsten CO2-Emissionen und die größte Flexibilität und kann insofern die Funktion einer Brückentechnologie in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien übernehmen.... Wo immer möglich wollen wir Gas in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – also der gleichzeitigen Nutzung von Strom und Wärme – einsetzen und so den Anteil..bis 2020 auf mindestens 25 % steigern. Dazu wollen wir das KWK-Gesetz novellieren und insbesondere die Anreize für Mini- und Mikro-KWK („stromerzeugende Heizung“) verbessern.“ **Ausstieg aus Atom und Kohle – bis 2030. Das ist wirklich ehrgeizig, wie das aber bezahlbar bleiben soll bleibt weitgehend offen!**

Netzausbau

„Bei neuen Trassen ist es zentral, dass die Planungen transparent und gemeinsam mit Umweltverbänden sowie den betroffenen Gemeinden und BürgerInnen erstellt werden. Wir wollen Erdkabel als weithin akzeptierte Alternative zu Freileitungen einsetzen. Neue 110-kV-Leitungen sind grundsätzlich als Erdkabel auszuführen, neue 380-kV-Leitungen zumindest in sensiblen Gebieten Wir wollen dabei auch ambitionierte immissionsschutzrechtliche Vorsorgewerte berücksichtigen. Wir wollen den Einstieg des Bundes in eine zu gründende **deutsche Netzgesellschaft, mehrheitlich in öffentlicher Hand**, um die derzeitigen Schwierigkeiten der Netzbetreiber bei der Umsetzung von Projekten zu reduzieren. ... Wir werden aber auch Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in betroffenen Gebieten erarbeiten, damit sie von den garantierten Renditen der Stromnetze unmittelbar profitieren können.“(S32).

Dezentralisierung

„Der bisherige Boom der Erneuerbaren Energien .. wurde zu über 90 % von Privatleuten und Stadtwerken, nicht von den .. Energieversorgern gestemmt. Wir wollen, dass die Energieversorgung der Zukunft dezentraler ..wird. Dies hat das EEG mit seinem Einspeisevorrang und einer garantierten Vergütung eingeleitet. Wer diese erfolgreiche Grundlage heute torpediert, will sie ausschließlich in die Hände großer Konzerne geben. Das werden wir verhindern, indem wir das EEG schrittweise weiterentwickeln und den Fokus auf kostengünstige Technologien richten. Gleichzeitig werden wir das Gesellschaftsrecht so formulieren ... dass die Energiewende auch in Zukunft durch eine breite Beteiligung von KleinanlegerInnen vorangetrieben werden kann. Wir wollen die Städte und Gemeinden aktiv darin unterstützen, kommunale Klima- und Energiekonzepte aufzustellen, Erneuerbare und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen, die örtliche Energieversorgung und lokale Verteilnetze wieder in kommunale Hand zu nehmen und die Energieerzeugung in Bürgerhand ... zu fördern. Das stärkt Handwerk und Arbeitsplätze vor Ort und sorgt dafür, dass die Energieausgaben der Menschen in der Region bleiben.“ (S31)

Ausgleich von Schwankungen erneuerbarer Energie / Energiespeicher

„In sonnen- und windarmen Zeiten können bestehende Speicher und hocheffiziente Gaskraftwerke die Lücken ausfüllen. Schon heute müssen aber andere innovative Techniken ausgebaut werden wie beispielsweise Biomassekraftwerke, Lastmanagement, neue Speicher und Batterien, Verknüpfung mit dem Wärmesektor und Elektromobilität sowie längerfristig aus Wind- und Solarstrom erzeugtes Gas („Power-to-Gas“).“ (S30) „Damit es sich lohnt, Kraftwerksleistung bereitzustellen, die nicht immer abgerufen wird, muss der Strommarkt darauf umgestellt werden. Notwendig ist deswegen ein verändertes Strommarktdesign, das nicht auf den Verkauf von Kohle- und Atomstrom ausgerichtet ist.“(S31) **Wie bei der SPD ein wichtiger Hinweis, der von vielen Experten geteilt wird.**„Gaskraftwerke sollen als Übergangslösung zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt werden. Die verschiedenen Speichertechnologien können alle etwas dazu beitragen, die Schwankungen in der Erzeugung von Wind und Sonne an unterschiedlichen Stellen im Netz auszugleichen. Deshalb wollen wir sie fördern, parallel anwenden und in ein offenes Technologie- Wettrennen treten lassen. Die Speicherung von Gas muss auf stabile Lagerstätten begrenzt werden“ (S32)

Zuständigkeit für Energiepolitik

Um die Energiewende besser koordinieren zu können, machen wir uns für eine Kompetenzerweiterung des Bundesumweltministeriums zu einem Umwelt- und Energieministerium stark. Erneuerbare Energien, Atomausstieg, Netzausbau und Strommarktreform gehören endlich zusammen gedacht (S29)

Fazit: Die ehrgeizigsten Ausbauziele für erneuerbare Energie, Ausstieg aus Atom und Kohle (bis 2030). Wie das bezahlt werden soll bleibt offen. Bei den Vorschläge, wie der Strompreisanstieg für normale Kunden begrenzt werden kann, ist die (von die LINKE / SPD und sogar FPD vorgeschlagene) Senkung der Stromsteuer nicht benannt. Sinnvolle Pläne zur technischen Realisierung der Energiewende sind angesprochen, aber nicht so detailliert wie bei der SPD.
